



Ausschuss für Frauenpolitik

41. Sitzung (öffentlich)

25. Februar 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Inge Howe (SPD)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Aktuelle Viertelstunde	1
Thema: Äußerung der Ministerin Höhn zur Visa-Affäre, Zwangsprostituierte ohne Visa seien in einer viel schlimmeren Situation als mit Visum	
Antrag der CDU-Fraktion	
Ministerin Bärbel Höhn (MUNLV) nimmt zu den Fragen der CDU-Fraktion Stellung.	
Anschließend kommt es zu einer Ausschussdebatte, in deren Verlauf u. a. StS'in Prüfer-Storcks (MGSFF) die Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen gegen Zwangsprostitution darstellt.	
2 Frauenförderung und Gender-Mainstreaming im Bereich Sport	13
Bericht des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport Vorlage 13/3236	
- Ergänzender Bericht von AL Stürmann (MSWKS)	13
- Aussprache	17

3 Kindern Zukunft geben - anonyme Geburten zulassen und gesetzlich regeln 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1080

In Verbindung mit:

Müttern und Kindern Chancen erhalten - Babyfenster und Babyklappe als niedrigschwellige Instrumente fördern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1306

Vorlage 13/3123

Abschließende Beratung

Nach kurzer Erörterung werden beide Anträge einvernehmlich **für erledigt erklärt.**

4 Vermeidung von Spätabtreibungen - Beratung vor, während und nach der Pränataldiagnostik 21

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/1740

Der Ausschuss berät den Antrag abschließend und entscheidet darüber.

Der **Antrag** Drucksache 13/1740 wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **abgelehnt.**

5 Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW 23

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2637

In Verbindung mit:

Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6099

Ausschussprotokolle 13/775 und 13/1417

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Der Ausschuss berät den Antrag und den Gesetzentwurf abschließend.

Zu dem **Antrag** Drucksache 13/2637 gibt er **kein Votum** ab.

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss für Frauenpolitik dem AGS-Ausschuss einstimmig, den **Gesetzentwurf** Drucksache 13/6099 - vorbehaltlich der im federführenden Ausschuss noch vorzunehmenden Änderungen - **anzunehmen**.

6 Jugendschutz stärken - Au-pair-Vermittlung qualifiziert gestalten 24

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3728

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Nach kurzer abschließender Beratung betrachtet der Ausschuss den **Antrag** Drucksache 13/3728 einvernehmlich als **erledigt**.

- 7 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG)** 25
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4564
- Ausschussprotokolle 13/1218 und 13/1421
- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den Hauptausschuss
- Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf abschließend. Er **beschließt** einvernehmlich, **kein Votum** abzugeben.
- 8 Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz - LPartAnpG)** 27
- Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/6492
- Vorlagen 13/3193 und 13/3223
- Zuschrift 13/4781
- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie
- Nach kurzer Erörterung **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, **kein Votum** abzugeben.
- 9 Verschiedenes** 27

5 Einführung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in NRW

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2637

In Verbindung mit:

Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6099

Ausschussprotokolle 13/775 und 13/1417

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Vorsitzende Inge Howe erläutert vorab, der CDU-Antrag sei an den AGS-Ausschuss - federführend - und zur Mitberatung an den Ausschuss für Frauenpolitik überwiesen worden.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei ebenfalls an den AGS-Ausschuss zur federführenden Beratung überwiesen worden. Auch wenn der Ausschuss für Frauenpolitik nicht zur Mitberatung aufgerufen worden sei, könne er sich doch per Selbstbefassungsrecht an der Beratung beteiligen.

Zu beiden Beratungspunkten hätten im federführenden Ausschuss Anhörungen unter nachrichtlicher Beteiligung des Ausschusses für Frauenpolitik stattgefunden.

Ursula Doppmeier (CDU) machte darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion ihren Gesetzentwurf bereits im Mai 2002 eingebracht habe. Sie freue sich, dass die Enquete-kommission einstimmig festgestellt habe, dass das Land ein solches Gesetz brauche, und dass die Landesregierung mit ihrem Gesetzentwurf diesem dringenden Bedarf Rechnung getragen habe.

Die CDU-Fraktion werde dem Antrag und dem Gesetzentwurf zustimmen; Änderungsanträge dazu würden im federführenden Ausschuss gestellt.

Marianne Hürten (GRÜNE) stellt fest, der CDU-Antrag habe sich durch den Gesetzentwurf im positiven Sinne erledigt. Nach entsprechenden Hinweisen in der Anhörung zum CDU-Antrag sei von Mitgliedern des federführenden Ausschusses eine Reise nach Skandinavien unternommen worden, die vom Ministerium begleitet worden sei. Deren Ergebnisse seien in den Gesetzentwurf der Landesregierung eingeflossen.

Auch sie plädiere dafür, dem Gesetzentwurf vorbehaltlich der Änderungen, die im federführenden Ausschuss möglicherweise noch eingebracht würden, zuzustimmen.

Dem schließt sich **Gerda Kieninger (SPD)** an.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) begrüßt ebenfalls den Gesetzentwurf, und bemerkt, es werde darauf zu achten sei, dass das Register nicht ein unbeherrschbarer Datenfriedhof werde, sondern die Kassenärztlichen Vereinigungen es schafften, das umzusetzen.

Die **Vorsitzende** stellt Einvernehmen dazu fest, dass über den CDU-Antrag im mitberatenden Ausschuss für Frauenpolitik nicht entschieden werden müsse. - Der **Ausschuss** nimmt sodann den Gesetzentwurf Drucksache 13/6099 - vorbehaltlich etwaiger Änderungen des federführenden Ausschusses - einstimmig an.

6 Jugendschutz stärken - Au-pair-Vermittlung qualifiziert gestalten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3728

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie

Die **Vorsitzende** stellt fest, der Antrag sei zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und zur Mitberatung an den Ausschuss für Frauenpolitik überwiesen worden, der am 13. Juni 2003 eine erste Beratung durchgeführt habe.

Da in Berlin hierzu inzwischen das Nötige geschehen sei, schlägt **Regina van Dinther (CDU)** vor, sich auf Folgendes zu verständigen:

"Der Ausschuss für Frauenpolitik beschließt, dass das Thema Vermittlung von Au-pairs in einer gemeinsamen Initiative aller Fraktionen auf Bundesebene eine richtige Richtung genommen hat. Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, die Forderungen dieses Antrags zügig umzusetzen."

Vor diesem Hintergrund ziehe die CDU-Fraktion ihren Antrag zurück.

Dem Kerngedanken kann **Marianne Hürten (GRÜNE)** zustimmen. Sie sei sich aber nicht sicher, ob es erforderlich sei, die Landesregierung aufzufordern, zügig tätig zu werden. Vielleicht könne die Landesregierung dazu etwas sagen.

MR'in Elsing (MSJK) legt dar, es habe auf Bundesebene in der Tat eine große Weiterentwicklung gegeben. Im November 2004 hätten sich alle Beteiligten geeinigt und einvernehmlich Qualitätsstandards für Aupair-Organisationen und -Agenturen verabschiedet. Mittlerweile hätten sich mehr als 110 Aupair-Vermittlungen diesen Standards angeschlossen.